

HAIBZEIT

KOMMUNAL ■ SOZIAL ■ KOMPETENT



Ratsfraktion
Hannover



Gewählte Mitglieder des Fraktionsvorstandes:

Ulrike Bittner-Wolff, Alptekin Kirci,
Thomas Hermann, Christine Kastning,
Ralf Borchers, Kerstin Tack, Michael Klie

Foto: Dr. Gudrun Koch

Grußwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ein Blick nach vorne auf zukünftige Aufgaben erfordert immer auch einen Rückblick auf das, was schon erzielt werden konnte. Unsere Bilanz zeigt, mit unseren Entscheidungen in der ersten Halbzeit der Ratsperiode bis 2011 haben wir viele, sichtbare Veränderungen in dieser Stadt erreicht.

Das motiviert uns als stärkste Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover, den Blick weiter nach vorne zu richten auf die nächsten vor uns liegenden Herausforderungen.

In einer Großstadt wie Hannover wollen wir nach innen das Zusammenleben der Menschen in einer aktiven, toleranten Stadtgesellschaft fördern und gleichzeitig die Stadtentwicklung nach außen attraktiv gestalten. Dabei können wir die alle betreffende aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise nicht außer Acht lassen, werden aber gezielt innovative Möglichkeiten für eine Realisierung unserer geplanten Vorhaben einsetzen. Das haben wir auch beim Konjunkturprogramm II bewiesen. Hier haben wir unseren wichtigen Schwerpunkt Schulsanierung nochmals ein gutes Stück voran bringen können. Vorrang hat für uns außerdem die Förderung der Familien durch den zügigen Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und der Familienzentren. Ein weiterer zentraler Bestandteil unserer Politik ist die Umsetzung des Lokalen Integrationsplans als Querschnittsthema in allen Bereichen.



Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Unsere Ziele aus dem rot-grünen Arbeitsprogramm werden wir weiter entwickeln und umsetzen. Im Dialog und gemeinsam mit Ihnen als engagierte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hannover!

Wir wollen ein lebenswertes Hannover für alle in dieser Stadt!

Christine Kastning

www.spd-ratsfraktion-hannover.de



Thomas Hermann
AG-Sprecher

Burkhard Blickwede stv. Ausschussvorsitzender
Manfred Müller
Jürgen Mineur
Angelika Pluskota

Beratende Mitglieder im Stadtentwicklungs-
und Bauausschuss:
Christian Kleine, Dr. Volker Stölting,
Fritz Kracke

Schwerpunkte der Arbeitsgruppe
Stadtentwicklung-Bau-Wohnen-Verkehr:

- Innenstadtentwicklung
- Umbau Kröpcke-Center
- Hannover City 2020
- Integrative Stadtteilarbeit
- Soziale Stadt / Stadtumbau West
- Stadtplatzprogramm
- Quartiersmanagement
- Ein-Familienhaus-Bau / Kinder-Bauland-Bonus
- Citynaher Geschosswohnungsbau
- Passivhäuser und energetische Sanierung
- ÖPNV – Hochbahnsteige
- Straßen und Radwege
- Verkehrsentwicklungsplan

■ **Der Zukunftsdialog bewegt die Stadt** – welche Entwicklung nimmt die hannoversche Innenstadt? Bereits im Vorfeld zum Bau der Ernst-August-Galerie (ECE) im Oktober 2008 stand die Frage der Entwicklung der Innenstadtquartiere im Fokus der Stadtentwicklung. Die Aufwertung der Karmarsch- und Osterstraße und des Platzes der Weltausstellung ist abgeschlossen, das Operndreieck befindet sich in einem mehrjährigen Aufwertungsprozess. Die Luisenstraße wird mit privatem finanziellen Engagement der Anlieger umgebaut und aufgewertet. Mit der Umgestaltung der Langen Laube erfährt die historische Laves-Achse vom Opernhaus zum Königsworther Platz die notwendige Aufwertung. Die Neugestaltung des Rosenquartiers zwischen Kurt-Schumacher-Straße und Schillerstraße ist fast abgeschlossen, mehrere Geschäftshäuser in der City befinden sich derzeit im Neubau. Im Frühjahr 2009 hat die Operation am Herzen der Stadt begonnen, der **Umbau des Kröpcke-Centers**.

Die City ist jedoch mehr als ein Einkaufsstandort oder eine Shopping Mall. Kultur, Museen, Musik, Theater, Gastronomie, Kirchen, Wohnen, Tourismus und Sehenswürdigkeiten gehören genauso dazu wie anziehende Aufenthaltsqualitäten. Unsere Antwort auf diese Herausforderungen heißt „**Hannover City 2020**“, ein mehrjähriger Dialog zur Innenstadtentwicklung.

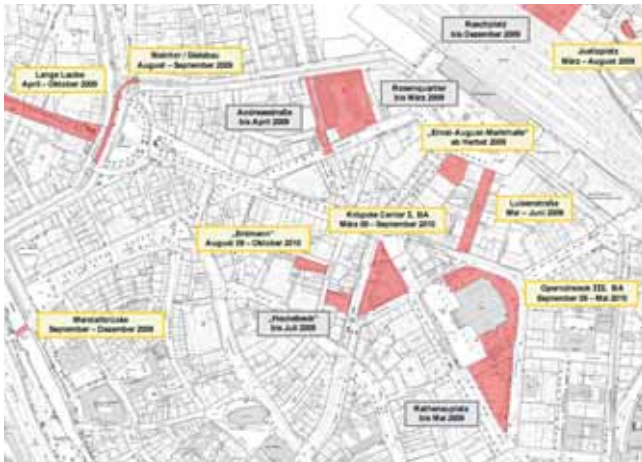
Die bisherige Bilanz ist beeindruckend: 2.800 Besucherinnen und Besucher haben 2008 in vier Foren die Vorträge von 14 Referentinnen und Referenten des Zukunftsdialoges im Sprengelmuseum verfolgt. Zahlreiche Gäste verfolgten die Veranstaltungen per Videoübertragung im Foyer. Die Vorträge schlugen einen Bogen von den Anfängen der hannoverschen Stadtentstehung bis in die Moderne, angereichert mit Beispielen aus anderen Städten und dem Ausland. Hannover City 2020 wird 2009 mit drei weiteren öffentlichen Foren fortgesetzt und mündet 2010 in einem internationalen Innenstadt-

Wettbewerb, an dem Stadtplaner, Architekten und Landschaftsplaner teilnehmen können. Weitere Informationen unter www.hannovercity-2020.de.

Neben der Entwicklung in der City ist auch in den hannoverschen Stadtteilen viel Bewegung und Aufbruch zu spüren. Mit den von der SPD initiierten Projekten zur **Integrativen Stadtteilarbeit** erfahren zahlreiche Stadtteilzentren erhebliche Aufwertung: Standortgemeinschaften der ansässigen Geschäftsleute gründen sich ebenso wie Initiativen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität (Podbielskistraße, Ricklinger Stadtweg, Kantplatz, Vahrenwalder Straße, Warmbüchenviertel, Calenberger Neustadt, Fiedelerstraße, Badenstedter Markt, Meyers Garten, Thie/Kronsberg, Göttinger Chaussee/Oberricklingen, Wettbergen-Ost, Davenstedt). Stadtteilstiftungen wurden in Sahlkamp-Vahrenheide und Linden-Limmer initiiert.

Innenstadtprojekte 2009

Quelle: Fachbereich Tiefbau der Landeshauptstadt Hannover



Das **Stadtplatzprogramm** ist erfolgreich fortgeführt worden – Meyers Garten, Küchengartenplatz, Herrenhäuser Markt, Bertha-von-Suttner-Platz, Thie am Kronsberg, Operndreieck/Rathenauplatz, Nördl. Stephansplatz, Jahnplatz, Lavesplatz, Herrenhäuser Markt 2. BA, Parkplatz Hannoversche Straße, Nordkopf Kantplatz, Eingang Stadtteilmfriedhof Döhren, Küchengartenplatz 2. BA. „Hannover schafft Platz“ dient neben der eigentlichen Platzumgestaltung mittels Bürgerbeteiligung insbesondere der Verbesserung der Identifikation mit dem Wohnumfeld und dem Stadtteil.

Nach Vahrenheide, Mittelfeld und Hainholz sind 2008 Stöcken und 2009 der Sahlkamp in das Bundesprogramm **Soziale Stadt** aufgenommen worden, Limmer als Sanierungsgebiet in die Städtebauförderung sowie das Programm **Stadtumbau West**. In der Nordstadt wurde die Sanierung 2008 abgeschlossen. Mit dem **Quartiersmanagement** in Nichtfördergebieten haben wir zu einer erheblichen sozialen Stabilisierung auf dem Mühlenberg, im Roderbruch, in Stöcken und in Linden-Süd beigetragen. Die Stärkung der lokalen Ökonomie betreibt die Gewerbesozialplanung und -beratung in unseren Soziale-Stadt-Quartieren sehr erfolgreich.

Die Sicherstellung flächendeckender und wohnortnaher Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist ein wichtiger Beitrag zum Erhalt und zur Steigerung der Lebensqualität in den Quartieren. Deshalb haben wir das 2003 beschlossene 10-Punkte-Programm zur **Nahversorgung** neuen Anforderungen angepasst und weiterentwickelt: nur in integrierten Lagen sind zusätzliche Ansiedlungen gestattet.

Zur Attraktivitätssteigerung in den Stadtteilen trägt auch ein neuer Trend im Wohnungsbau bei. Neben der Weiterentwicklung im **Ein-Familien-Haus-Bau** in den eher peripheren Lagen (z. B. am Hohen Weg in Seelhorst) ist die Nachfrage nach höherwertigen Geschosswohnungsbau in innenstadtna-

hen Lagen enorm gestiegen – z. B. Vasati I und II an der Hildesheimer Straße, O'Artis auf dem Gelände der ehemaligen Raiffeisengenossenschaft in der Südstadt, Lister Blick, Mars La Tour Straße, Pelikangelände. Citynahe Lagen werden auch vermehrt von Baugemeinschaften nachgefragt, ob in der Nord-, Ost- und Südstadt oder in Linden. **Passivhäuser** und die energetische Sanierung gerade in Mehrfamilienhäusern gehören dank der Förderung durch proKlima und Bundesmittel inzwischen verstärkt zum Alltagsbild in den Stadtteilen.

Die nachhaltige Sanierung unserer **Straßen und Radwege** ist uns wichtig. In den vergangenen Jahren haben wir dafür gesorgt, dass bei Straßen-, Rad- und Fußwegereparaturen 2,5 Mio. Euro mehr als bisher zur Verfügung stehen. Bei diesen Sanierungen legen wir besonderen Wert auf Bordsteinabsenkungen, um die Barrierefreiheit zu gewährleisten. Bei der Grunderneuerung von Straßen sind zwei größere Maßnahmen hervorzuheben. Der Aus- und Umbau der Friedrich-Ebert-Straße in Ricklingen führte nicht nur zu komplett neuen Straßenbelägen, sondern mit der Verlängerung der Parkstraßen und der Baumreihen zu einer sichtlichen Verbesserung für die Anlieger dieser viel befahrenen Straße. Bei der Umgestaltung der Blumenauer Straße im Rahmen des Umbaus des Ihmezentrums entsteht auf der Seite des Ihmezentrums ein neuer Rad- und Fußweg. Am Maschsee wird die Situation für Fußgänger und Radfahrer mit der Neuanlage eines durchgängigen Fuß- und Radweges auf der östlichen Seite des Rudolf-von-Bennigsen-Ufers erheblich verbessert, insbesondere zu Zeiten des Maschseefestes und weiterer Großveranstaltungen.

Im Nahverkehrsplan 2008 – 2013 hat die SPD ihre Präferenzen für den Ausbau des **ÖPNV** festgeschrieben: nach den Stadtbahnlinien 3 und 7 werden nun die Linien 4, 5, 6 und 8 in den kommenden Jahren nahezu komplett mit Hochbahnsteigen versehen, auch ein nachhaltiger Beitrag zur Barriere-

freiheit. Der Bau der Stadtbahnlinie Richtung Misburg und Meyers Garten hat in seinem ersten Abschnitt begonnen. Für die City wird in einer Machbarkeitsstudie derzeit geprüft, ob und in welcher Form ein innerstädtischer Tunnel für die D-Linie von der Calenberger Neustadt über Hauptbahnhof und dann überirdisch fortgesetzt Richtung Zoo und Südstadt umgesetzt werden kann.

Der **Verkehrsentwicklungsplan** – der Masterplan Mobilität Hannover 2025 – soll eine integrierte Handlungsstrategie für alle Verkehrsteilnehmer und Infrastrukturen unter breiter Beteiligung von Politik, Verkehrsplanern, Polizei, Verkehrsverbänden und -Initiativen und weiteren Trägern öffentlicher Belange entwickeln. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit hat der Rat auf Initiative von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine Reihe von Gutachten in Auftrag gegeben, die insbesondere Kindern, Fußgängern und Radfahrern Verbesserungen in der Umsetzung verschaffen sollen. ■

Kröpcke – Baustelle

Foto: Jens Schulze





Manfred Müller
AG-Sprecher

Johannes Löser stv. Ausschussvorsitzender
Jürgen Mineur
Joachim Rodenberg
Petra de Buhr

Beratende Mitglieder im Ausschuss
für Umweltschutz und Grünflächen:
Carola Sandkühler, Andrea Unterricker

Schwerpunkte der Arbeitsgruppe
Umweltschutz und Grünflächen:

- **Klimaallianz 2020**
- **Luftreinhalteplan**
- **Umweltzone**
- **Fernwärmenetz**
- **Hochwasserschutz**
- **Altlasten**

■ **Viel ist erreicht und viel bleibt zu tun** – unter diesem Motto können die Ergebnisse im Bereich Umwelt-Grün zusammengefasst werden.

Seit Mitte 2007 bildet die Arbeitsgruppe auch den Kern einer 'Projektgruppe Klima'. Sie setzt sich vor allem mit energetischen Fragestellungen auseinander, wobei die Übergänge beider Arbeitsgruppen durchaus fließend sind.

Mit der Verabschiedung der **Klimaallianz 2020** hat Hannover einen weiteren Meilenstein in der bundesdeutschen Kommunalpolitik gesetzt. Mit dieser Klimaallianz verbinden wir Umweltschutz (CO²-Reduzierung), zukunftsweisende kommunale Energiepolitik und Wirtschaftsförderung in idealer Weise. Durch die Zusammenarbeit von Stadt, kommunalen Betrieben und privatrechtlicher Wirtschaft ist eine den Problemen angemessene neue Form der Zusammenarbeit entstanden. Die Stadtwerke Hannover entwickeln sich im Energiesektor zu einem Vorzeige-Unternehmen im Bereich der Energieeffizienz.

Trotz der engen finanziellen Rahmenbedingungen ist es uns gelungen, viele bestehende Projekte fortzuführen und auszubauen. Dazu gehören der Fonds proKlima – immer noch die größte kommunale Förderplattform für Energieeffizienz in Europa- und die Klimaschutzagentur als Projekt- und Kommunikationsagentur der gesamten Region Hannover. Zu den bekanntesten Projekten gehört: Ecobiz und Ökoprofit sowie das Programm zur Förderung der Sportvereine Eco-Sport.

Mit der Einführung des **Luftreinhalteplans** gehört die Stadt Hannover zu den drei ersten Städten in Deutschland, die den Gesundheitsschutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner durch aktive Luftreinhaltemaßnahmen fördern. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Einrichtung einer **Umweltzone**, in der nur schadstoffarme Fahrzeuge fahren dürfen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich verantwortungsbewusst für schadstoffarme

Fahrzeuge entschieden. Der überwiegende Teil der Stadtbevölkerung unterstützt unsere Luftreinhaltungspolitik. Für die Härtefälle, bei denen eine Umrüstung technisch nicht mehr möglich war, wurde eine großzügige Ausnahmeregelung geschaffen. Fast alle deutschen Großstädte sowie das gesamte Ruhrgebiet haben mittlerweile eigene Umweltzonen eingerichtet.

Wie im Leben so ist es auch in der Politik – Stillstand ist Rückschritt. Es bleibt noch viel zu tun. Die Klimaallianz muss mit Leben erfüllt werden, etwa durch den weiteren Ausbau des **Fernwärmenetzes** in Hannover. Die Renovierung des Gebäudebestandes in der Stadt muss voran gebracht werden. Bei der Weiterentwicklung der schönen Altstadt Hannovers dürfen die Freiraumaspekte nicht zu kurz kommen.

Ernst-August-Galerie

Foto: Jens Schulze



Benno-Ohnesorg-Brücke – Baustelle

Foto: Sabine Panse

Der **Hochwasserschutz** bleibt eine Daueraufgabe für die Landeshauptstadt. Nach der Stabilisierung der Deiche in Ricklingen und am Beuermannufer wird derzeit am Neubau der Brücke am Schwarzen Bär gearbeitet, die bislang ein Nadelöhr beim Wasserabfluss war. Die Verlängerung des Deiches in Ricklingen bis zum Südschnellweg und die Vorlandabgrabungen gegenüber dem Ihmezentrum sind die nächsten Aufgaben.

Stärker in den Fokus rückt das weite Feld der **Altlasten**. Organisatorisch bei der Region angesiedelt, aber auf den städtischen Flächen ist die Stadt in der Eigentümerrolle. Der Eigentümer hat in Niedersachsen die finanzielle Last zu tragen, da die Landesregierung die Einrichtung eines Altlastenfonds, wie auch in anderen Bundesländern, ablehnt. Jüngste Altlastenfälle sind die radioaktive Belastung auf Flächen in der List und die Fläche des ehemaligen Gaswerkes an der Ihme. ■



Martin Hanske
AG-Sprecher und
stv. Ausschussvorsitzender

Ralf Borchers
Alptekin Kirci
Michael Klie
Stefan Politze
Birgit Nerenberg bis 13.11.08

Beratende Mitglieder im Ausschuss für Arbeitsmarkt-,
Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten:
Thomas Behncke, Olaf Weinel

Schwerpunkte der Arbeitsgruppe Wirtschaft:

- **Wirtschaftsstrategische Aktivitäten von Stadt und Region**
- **Hannover Holding**
- **hannoverimpuls GmbH**
- **Hannover Marketing Tourismus GmbH (HMTG)**
- **Einrichtung der EFRE-Regionalagentur**
- **Förderung Lokaler Ökonomien**
- **Städtische Häfen Hannover**
 - Ausbau Stichkanal Linden
- **Hannover Congress Centrum**

■ In dem Bestreben, die **wirtschaftsstrategischen Aktivitäten von Stadt und Region** zusammenzuführen, wurde Ende 2007 die Hannover Holding gegründet. Insbesondere die Kooperation und Steuerung bei der Tourismusförderung, bei Standort- und Regionsmarketing sowie die Zusammenführung gemeinsamer strategischer Aktivitäten speziell der Hannover Marketing Gesellschaft (HMG), von hannoverimpuls, des Technologiezentrums (TCH), von Hannover.de und der Hannover Tourismus GmbH wurde unter dem Dach der **Hannover Holding für Wirtschaftsförderung, Marketing und Tourismus GmbH** zusammen geführt.

Mit der **Fusion von Hannover Marketing GmbH (HMG) und Hannover Tourismus GmbH (HTG) zur HMTG** ist ein weiterer wichtiger Schritt vollzogen worden, die überregionale Vermarktung der 21 Kommunen der Region Hannover und die Identifikation mit dem gesamten Wirtschafts- und Lebensraum Hannover voran zu treiben. Aufbauend auf den Erfolgen der bisherigen Arbeit hat sich hannoverimpuls als gemeinsame Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft von Stadt und Region Hannover weiterentwickelt. Im Vordergrund stehen dabei besonders nachhaltiges Wachstum sowie großes Innovations- und Arbeitsplatzpotenzial für die Region Hannover: Automotive, Informations- und Kommunikationstechnologie, Life Sciences, optische Technologien und Produktionstechnik. **www.hannoverimpuls.de** hannoverimpuls legt ein zusätzliches Cluster Energiewirtschaft an und nutzt dazu vorhandene Netzwerke. Der Fokus liegt besonders auf Aktivitäten im Bereich Klimaschutzwirtschaft und regenerative Energien. In Ergänzung und enger Abstimmung mit den vorhandenen Akteuren wie z.B. der Klimaschutzagentur und ProKlimaFonds, richtete hannoverimpuls seinen Fokus auf die Erschließung der wirtschaftlichen und der Beschäftigungspotentiale dieser Branche. Sämtliche Cluster sind einer steten Beobachtung dahingehend zu unterziehen, ob die mit ihnen verbundenen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, insbesondere

hinsichtlich arbeitsmarktpolitischer Effekte, erreicht werden. Hannoverimpuls übernimmt die Koordination für die Umsetzung der EU-Strukturpolitik in der Region Hannover. Zu den Aufgaben der eingerichteten **EFRE-Regionalagentur** gehört auch die Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung sowie die komplette Abwicklung des Förderprogramms.

Das Thema ‚**Lokale Ökonomie**‘ wird die Wirtschaftspolitik der SPD-Ratsfraktion auch in den kommenden Jahren weiter mit Vorrang beschäftigen. Der Schwerpunkt liegt auf der Initiierung von Pilotprojekten, immer in Kooperation mit den lokalen Gewerbetreibenden, um das strategische Ziel umzusetzen, die Ökonomie in den Stadtteilen und Quartieren zu fördern. Das Konzept hat vor allem durch die konsequente Netzwerkarbeit besonders in folgenden Bereichen gute Erfolge gezeigt: Engelbosteler Damm, Ricklinger Stadtweg, Döhren, Linden-Süd (Deisterstraße), Linden-Mitte (Lindener Markt), Linden-Nord (Limmerstr.), Bothfeld, Mittelfeld, Badenstedt, Kleefeld, Sahlkamp und Südstadt/Bult. Es geht um die Weiterentwicklung leistungsfähiger Organisationsstrukturen, um den Interessenlagen der Akteure in den Stadtteilen einerseits gerecht zu werden und ihnen andererseits auch eine gewichtige Außenwirkung zu verleihen.

Die **volkswirtschaftlichen und umweltrelevanten Vorteile der Schifffahrt** liegen auf der Hand. Bund und EU setzen verstärkt auf das Schiff, um die bevorstehenden Verkehrszuwächse ökologisch verträglich und kostengünstig bewältigen zu können. Den über Flüsse und Kanäle mit den Seehäfen vernetzten Binnenhäfen kommt in diesem logistischen Konzept eine wesentliche operative Bedeutung als Knoten der verschiedenen Güterverkehrsmedien (Schiff, Bahn, Lkw) zu. Für Hannover stellen die vier Binnenhäfen entlang des Mittellandkanals – Nordhafen, Lindener Hafen, Brinker und Misburger Hafen – einen wichtigen Bestandteil des Wirtschaftslebens in der Region

dar. Die Wirtschafts AG der Ratsfraktion hat den politischen Anstoß gegeben, den **Zweigkanal zum Lindener Hafen** entsprechend dem Standard des Mittellandkanals umgehend auszubauen. Die mit dem Ausbau des Stichkanals Linden verbundenen Eingriffe in die unmittelbare Wohnbebauung und die Natur entlang des Zweigkanals sind so gering wie möglich zu halten. Dazu tritt die SPD-Ratsfraktion in einen erneuten, aktiv betriebenen Dialog mit der betroffenen Bevölkerung zur Sicherung derer Belange und Einbeziehung in die Entscheidungsprozesse der Ratsgremien.

Für das **Hannover Congress Centrum** konnte eine Verbesserung des Betriebsergebnisses um etwa 2,5 Mio. EURO erreicht werden. Die Verringerung des Defizits wurde erreicht. Erforderliche Maßnahmen zur Modernisierung des Hannover Congress Centrums, zuletzt des Kuppelsaals als einer der schönsten Festsäle Europas, konnten trotz erheblicher Kosten auf den Weg gebracht werden. Längerfristig werden durch die Modernisierungsmaßnahmen eine deutliche Verbesserung der Qualitätsstandards im Veranstaltungsbereich und eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und damit höhere Kundenzufriedenheit sowie Senkung des Energiebedarfs erreicht werden. ■

Hafenkran

Foto: Jens Schulze





Kerstin Tack
AG-Sprecherin

Brigitte Schlienkamp Ausschussvorsitzende

Petra de Buhr

Stefan Politze

**VertreterInnen: Ralf Borchers, Regina Fischer,
Dr. Gudrun Koch, Anne Lossin**

Stimmberechtigte Mitglieder im Jugendhilfeausschuss:

Burkhard Teuber, Ulrich Witt, Nina Böhme

Beratende Mitglieder: Petra Hartleben-Baildon, Birgit Merkel

Schwerpunkte der Arbeitsgruppe Jugend und Familie:

- **Bildung und Qualität**
- **Ausbau qualitativer Kinderbetreuung**
 - neue Krippen- und Hortplätze
- **Familienzentren**
- **Flächendeckende Sprachförderung**
- **Elternbildung**
- **Ausweitung der Öffnungszeiten von Kitas**
- **Neuorganisation der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit**
- **Jungenarbeit**
- **Gewaltprävention**
- **Kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen**
- **Familienbildung und -beratung**
- **Aufsuchende Elternarbeit**

■ **Bildung und Qualität** sind die ausschlaggebenden Begriffe in den aktuellen Diskussionen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik. Investitionen in die Qualität einer Bildung in früher Kindheit und in Kinderbetreuung sind wesentlich, da in diesem Stadium die Grundlagen gelegt werden für das Lernen und für Bildungserfolge, die signifikant dazu beitragen, den Zirkel der Benachteiligung zu durchbrechen.

Für die SPD-Ratsfraktion in Hannover standen diese Begriffe auch in den vergangenen zwei Jahren im Mittelpunkt des politischen Handelns. Drei Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln wurden zwischen 2006 und 2009 in den Haushalt gestellt, um diese Politik umzusetzen. Besonderen Wert legte die Fraktion auf den **Ausbau qualitativer Kinderbetreuung mit neuen Krippen- und Hortplätzen**, sowie integrativen Plätzen.

Um die Qualität der Kinderbetreuung in Krippen zu gewährleisten, wurde ab dem 01.08.2008 eine zweite Fachkraft in Kleinen Kindertagesstätten (KKT) mit Krippengruppe (1-3 Jahre) und wird ab dem 01.08.2009 eine dritte Fachkraft in eingruppigen Krippen-Kinderläden (KT) finanziert.

Um die Schritte der Qualitätsverbesserung zu unterstützen, wurden seit 2006 auf Initiative der SPD-Ratsfraktion in der Stadt Hannover 15 Kindertagesstätten zu **Familienzentren** umstrukturiert. Die Familienzentren entwickelten sich in den vergangenen Jahren zu einem Erfolgsmodell. Ende des Jahres 2009 werden alle 13 Stadtbezirke mit Familienzentren ausgestattet sein. Durch den Aufbau von lokalen Netzwerken im Stadtteil – ausgehend von der Kindertagesstätte – durch Familienzentren, werden die Bildungschancen von Kindern und ihren Eltern wesentlich erhöht. Familienzentren dienen den Eltern zudem als Informationsquellen und als Austausch- und Erfahrungsfeld.

Für Kinder stellen gute Kenntnisse in der deutschen Sprache die Voraussetzung für eine erfolgreiche Schul- und berufliche Bildung dar. Seit 2003 gibt es Förderprogramme des Landes Niedersachsen für Kinder mit Migrationshintergrund im Elementarbereich. Kindertagesstätten und Schulen fördern mit unterschiedlichen Ansätzen und Aufträgen Kinder von 3 bis 6 Jahren, um sie fit für die Schule zu machen. Hannover ergänzt diese Förderung durch das Programm „**Flächendeckende Sprachförderung**“ und den Einsatz von erheblichen Eigenmitteln. Auf Antrag der SPD-Ratsfraktion wurden Mittel für „Ersatzkräfte“ bei freien Trägern von Kitas eingestellt, damit MitarbeiterInnen Fortbildungen zur Sprachförderung besuchen können.

Die Sprachförderung der Kinder ist jedoch nicht nur ein Thema, dass in den Kitas beachtet werden muss, es ist für die SPD-Ratsfraktion auch eine Frage der **Elternbildung**. Somit ist die Ausweitung des Projektes Rucksackmütter von großer Wichtigkeit gewesen. 2005 hat der Rat der Landeshauptstadt Hannover beschlossen als Bestandteil der „Flächendeckenden Sprachförderung“ das „Rucksackprogramm“, im Stadtteil Linden-Süd und danach in allen 13 Stadtbezirken einzuführen. Ende 2008 gab es in allen Stadtbezirken jeweils vier Einrichtungen, die am „Rucksack-Projekt“ teilnehmen.

Wenn man sich mit der Qualität von Kindertageseinrichtungen befasst, ist auch das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf von Bedeutung. Hier hat die SPD-Ratsfraktion eine modellhafte Erprobung der **Ausweitung der Öffnungszeiten von Kitas** auf 12 Stunden, bei einer Betreuungszeit die pro Kind neun Stunden nicht überschreiten darf, angestoßen. Auf die Ergebnisse dieser Modell-Kitas sind wir gespannt. 2008 haben wir eine **Neuorganisation der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit** mit einem Haushaltsantrag in die Wege gleitet. Die Überwindung des Denkens und Handelns in institutionellen Kategorien und die damit verbundene Zuwei-

sung separierender Einzelzuständigkeiten hin zu einem ganzheitlichen Verständnis der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sollte das Ziel sein. Inzwischen ist die Stadt bereits in einem Prozess, in dem in Zusammenarbeit mit freien Trägern, Politik und anderen gesellschaftlichen Vertretern an einer Entwicklung eines neuen Konzeptes gearbeitet wird.

Lange Zeit war die Mädchenarbeit im Fokus, wohingegen die Jungenarbeit im Hintergrund stand. Dies hat sich inzwischen geändert. 2008 war einer der Schwerpunkte der SPD-Ratsfraktion die **Jungenarbeit**. Jungenarbeit setzt an den Problemen an, die Jungen machen und die Jungen haben. Sie eröffnet Jungen neue Räume zur eigenen Entwicklung.

In Hannover wurden zusätzlichen Mittel für weitere, umfangreichere und differenzierte Projekte im Rahmen von Jungen- und Väterarbeit und Beratung von Fachkräften der Jugendhilfe und Schule zu Ansätzen von Jungenarbeit auf Antrag der SPD-Ratsfraktion zur Verfügung gestellt.



Bereits im Jahr 2007, aber auch in den Folgejahren, wurden Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit zur **Gewaltprävention** durch die SPD-Ratsfraktion gefördert. Zeitgleich wurden Projekte und Institutionen die in der präventiven Arbeit gegen sexuellen Missbrauch sowie auch in der nachsorgenden Arbeit tätig waren unterstützt.

2007 setzte die rot-grüne Koalition erfolgreich eine Erhöhung der Zuwendungen um 3 Prozent um, da insbesondere die Kleinsteinrichtungen eine Erhöhung ihrer Zuwendungen benötigten, um dauerhaft den laufenden Betrieb aufrechterhalten zu können.

Seit Beginn der Ratsperiode 2006 hat die SPD-Ratsfraktion den **Ausbau der kulturellen Bildung** in Hannover mitgestaltet. Beispielhaft hierfür sei das Lesementoring genannt, welches mit den letzten Haushaltsverhandlungen weiter ausgedehnt wurde und bundesweit nachgefragt wird.

Für Jugendliche war im Themengebiet der kulturellen Bildung sicherlich die „Rap Oper“ von großer Bedeutung. Ein Musik-Theater-Tanz-Projekt von und mit der Niedersächsischen Staatsoper, der Stadt Hannover, dem MusikZentrum Hannover, dem evangelischen Stadtjugenddienst und ca. 70 Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren aus Hannover.

Hannover verfügt über ein vielfältiges Angebot an **Familienbildung und -beratung**. Hier sind insbesondere die Beratungsstellen und Familienbildungsstätten zu erwähnen. Der niedrigschwellige Zugang zu Familien war Thema der Arbeit der SPD-Ratsfraktion in den Jahren 2008 und 2009. Mittel für die „**aufsuchende Elternarbeit**“ sind mit Beginn des Jahres 2009 eingesetzt worden. Im Rahmen der aufsuchenden Elternarbeit sollen Fachkräfte Eltern von Neugeborenen über Beratungs- und Bildungsangebote der Stadt Hannover informieren, Unterstützung im Umgang mit Behörden und Anträgen



bioten und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder erläutern. Ferner sollen die Eltern über Angebote im Rahmen der Gesundheitsvorsorge, des Sports, der frühkindlichen Förderung informiert und beraten werden. Im Rahmen der Konzipierung der aufsuchenden Elternarbeit sollen auch „Begrüßungspakete“ ausgestaltet werden. Diese sollen neben Informationen für die Eltern auch Gutscheine enthalten (z.B. Bildungsgutschein für Familienbildungsstätte, Sportgutschein für Baby-Schwimmen etc.). ■



Ulrike Bittner-Wolff

AG-Sprecherin und
stv. Ausschussvorsitzende

Werner Bock
Dr. Gudrun Koch
Monika Kuznik
Birgit Nerenberg

Beratende Mitglieder im Kulturausschuss:
Dr. Karin Gafert, Prof. Dr. Gregor Terbuyken,
Wolfgang Bruns

Schwerpunkte der Arbeitsgruppe Kultur:

- **Kulturelle Bildung**
- **Leseförderung von Kindern und Jugendlichen**
- Volkshochschule Hannover
- **Soziokultur / Stadtteilkultur**
- **Städtepartnerschaften**
- **Weiterentwicklung der Freien Theater**
- **Unterstützung eines Jugendtheaters**
- **Tanztheater**
- **Sanierung Altes Magazin**
- **Weiterentwicklung der Museen**
- **Atelierhaus**
- **Sanierung der Halle der Rosenbuschverlassenschaften**
- **Eisfabrik**
- **Kunst im öffentlichen Raum**
- **Kultur-Enquete**

■ Ein zentrales Thema unserer kulturpolitischen Diskussionen ist die Teilhabe am kulturellen Leben der Stadt mit der Zielsetzung „Kultur für alle“. Dabei geht es insbesondere darum Erfahrungsmöglichkeiten und den Zugang für Kinder und Jugendliche, aber auch für Ältere zu schaffen.

Kulturelle Bildung ist immer zentraler Bestandteil einer umfassenden Persönlichkeitsbildung, fördert die Entwicklung von Schlüsselkompetenzen und schafft wesentliche Voraussetzungen für eine aktive Teilhabe an der Kultur im Leben einer Gesellschaft.

Mit einer Initiative der SPD-Ratsfraktion wurde die Verwaltung (Kultur und Jugend) beauftragt, ein Maßnahmenbündel mit dem Ziel innovative Ansätze kultureller Bildung zu erproben, die geeignet sind nachhaltige Bildungserfolge zu erzielen und erfolgreiche Ansätze flächendeckend umzusetzen. Dieses Maßnahmenbündel etwa mit musikalischer Bildung in Kitas, Musik in Hainholz oder „Kinder führen Kinder“ in Museen, zeigt bereits nach einjähriger Erprobung erste Erfolge.

Einen besonderen Schwerpunkt setzte die Kultur AG im Bereich der **Leseförderung von Kindern und Jugendlichen**. Hier wurden zwischen 2006 und 2009 mehrere Anträge verabschiedet, die zusätzliche Mittel für Projekte zur Verfügung stellen, die Kindern und Jugendlichen das Lesen näher bringen sollen. Unterstützt wird das Lesementoring von Jugendlichen mit kleineren Kindern ebenso wie das Lesementoring der Erwachsenen mit Jugendlichen. Auch das Projekt „Lesestart“, Lesen bzw. Vorlesen von Geburt an, ist erfolgreich in Hannover gestartet und soll möglichst alle jungen Eltern mit den ganz Kleinen erreichen. Zur besseren Ausstattung der Bibliotheken wurden erhebliche Mittel zusätzlich (180.000 Euro) für neue Medien bereitgestellt.

Der Mittelansatz zur Förderung besonderer Literaturprojekte wurde ebenfalls aufgestockt.

Des Weiteren hat die Ratsfraktion mit dem Beschluss zur Errichtung eines Bildungszentrums im Lindener Rathaus dafür gesorgt, dass sich das Bürgeramt, die Volkshochschule, ein (Selbst-) Lernzentrum und die zusammengeführte Bibliothek unter einem Dach befinden und die Zugänglichkeit zu Bildungseinrichtungen für Bürgerinnen und Bürger somit erhöht wird.

Die Arbeit der **Volkshochschule (VHS)** wurde unterstützt mit Mitteln für ein besseres Marketing und Mitteln für zusätzliche Hauptschul- und Realschulkurse. Jeder Jugendliche soll eine zusätzliche Chance auf einen Bildungsabschluss bekommen.

Symphony in Red – 2000 von John Henry, Königsworther Platz



Die künftige Standortfrage der VHS wird die Arbeit der Kultur AG auch weiter begleiten.

Soziokultur erleichtert den Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur. Deshalb legt die SPD-Ratsfraktion nach wie vor besonderen Wert auf diesen Themenbereich der Kulturpolitik. Hannover ist bereits zahlreich mit stadtteilorientierter Kultur (Stadtteil)-Zentren bzw. Kulturtreffs bestückt. Gleichwohl gilt es auch hier, Veränderungsprozesse konstruktiv zu begleiten und zu unterstützen.

So sorgte die SPD-Ratsfraktion für eine zügige Umsetzung der vom Bezirksrat beantragten Einrichtung eines **Stadtteil- und Kulturzentrums Südstadt**, durch die Beantragung von Planungsmitteln in Höhe von 50.000 Euro und eine moderate Erhöhung des Mitteleinsatzes in 2009 um einen ersten Schritt zur Verwirklichung eines Stadtteil- und Kulturzentrums in der Südstadt zu ermöglichen.

Für das Freizeitheim Linden wurde ein Antrag verabschiedet, der ein Bestandsgutachten wie ein Nachnutzungskonzept nach Auszug der Bibliothek fordert.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Begleitung des Prozesses der Erarbeitung eines zukunftsfähigen Konzeptes für den Pavillon, für den als eines der ältesten soziokulturellen Zentren Deutschlands im Jahr 2010 eine Vertragsverlängerung ansteht. Die Verwaltung wurde beauftragt, zusammen mit der Bürgerinitiative Raschplatz e.V. ein Konzept zu entwickeln.

Für Faust e.V. wurden Mittel zur Finanzierung einer Geschäftsführung eingesetzt, um nach Beendigung des Insolvenzverfahrens die Zukunft von Faust zu sichern.

Für 2009 wurde der Mitteleinsatz für **Städtepartnerschaften** erhöht mit der Maßgabe, den Ratsgremien ein zukunftsfähiges Konzept vorzulegen.

Hannover ist die Stadt der **freien Theater**. Die SPD-Ratsfrak-

tion hat mit einer Erhöhung der Fördermittel auf der Grundlage der überarbeiteten Förderrichtlinien dafür gesorgt, dass die Möglichkeit besteht, durch Gastspiele und eine gemeinsame Marketingstrategie neue Impulse und Herausforderungen in der Theaterlandschaft konstruktiv aufzunehmen und zur Weiterentwicklung der Freien Theater in Hannover zu nutzen.

Im Jahr 2007 wurde das Engagement des Staatstheaters zur **Schaffung eines Jugendtheaters** unterstützt. Das Jugendtheater des Staatstheaters stellt eine Bereicherung für die Jugendarbeit – aber auch für die schon bestehende Theaterlandschaft insgesamt – in der Stadt dar.

Für das **Tanztheater** in Hannover wurde der Haushaltsansatz erhöht, um den Fortbestand auf hohem Niveau absichern zu können.

In den Jahren 2008 und 2009 ist die SPD-Ratsfraktion für die **Sanierung des Alten Magazins** eingetreten. Die Verwaltung wurde beauftragt, für das Alte Magazin (Kleckstheater) Mittel in Höhe von 200.000 Euro in 2009 als Planungsmittel für Sanierungsmaßnahmen einzusetzen.

Mit ihren **Museen** besitzt die Stadt Einrichtungen von hohem künstlerischen Wert. Die Ratsfraktion hat Haushaltsmittel bereitgestellt, um die Museen darin zu unterstützen mit gemeinsamen Ausstellungsprojekten ihr Potenzial als Kunst- und Kultureinrichtungen auch überregional auszubauen.

Für das Historische Museum wurden Investitionsmittel eingestellt um ein verändertes Raumprogramm zu verwirklichen, das dem veränderten Bedarf entspricht und mit den Planungen zum Schloss Herrenhausen umgesetzt werden kann.

Der **Atelierhaus e.V.** betreibt als gemeinnütziger Verein in einem denkmalgeschützten Fabrikgebäude seit 1994 Ateliers für Künstlerinnen und Künstler. Die SPD-Ratsfraktion hat sich dafür eingesetzt, dass der Verein dieses Objekt kaufen kann und eine angemessene Schuldendienstbeihilfe realisiert wird. Mit dem Einsatz von Mitteln für dringende Renovierungs- und

Sanierungsarbeiten an der **Halle der Rosenbuschverlassenschaften** des Künstlerehepaars Breuste hat die Kultur AG dafür Sorge getragen, dass die Erinnerungskultur, insbesondere für Schulklassen an diesem Ort, wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.

Der **Eisfabrik** wurde ermöglicht mit Drittmitteleinsatz die Räumlichkeiten zu sanieren, um insbesondere bessere Voraussetzungen für Tanztheater zu schaffen.

Mitte 2008 wurde das Gutachten der Kommission für **Kunst im öffentlichen Raum** der Landeshauptstadt Hannover vorgelegt. Die SPD-Ratsfraktion hat für die Bearbeitung und Umsetzung des Gutachtens „Kunst im öffentlichen Raum im Innenstadtbereich Hannover“ 80.000 Euro zusätzliche Mittel beantragt.

Die SPD-Ratsfraktion veranstaltet gemeinsam mit der SPD Regionsfraktion und dem Kulturforum der Sozialdemokratie in der Region Hannover e.V. eine Diskussionsreihe zu Themen des Berichts der **Kultur-Enquete** der Bundesregierung. Die Auftaktveranstaltung hat im Sommer 2008 stattgefunden, eine zweite zum Thema Kulturelle Bildung fand im April 2009 statt. ■





Michael Klie

AG-Sprecher

Stephan Degenhardt Ausschussvorsitzender
Birgit Nerenberg,
Kerstin Tack
Burkhard Blickwede

Außerdem Projektgruppe Bildung: Michael Klie,
Birgit Nerenberg, Ulrike Bittner-Wolff, Stefan Politze

Schwerpunkte der Arbeitsgruppe Schule und Bildung:

- Schulstrukturreform, Phase II
- Aufgabe von Außenstellen
- Schule im Stadtteil
- Bildungskoordinatoren
- Stadtteilorientierte Netzwerke für Bildung und Qualifizierung
- Rucksackmütter
- Schulsanierung
- Ausbau der Hausaufgabenhilfe
- Integrative Gesamtschule
- Sommerschulen
- Kommunalen Bildungsplan



GS Comeniuschule

■ Das erste Jahr der Schul AG in der neuen Ratsperiode seit 2006 war geprägt von der Diskussion um die Festlegung dauerhafter Schulstandorte und Zügigkeiten unter dem Stichwort „**Schulstrukturreform Phase II**“.

Nach der Abschaffung der Orientierungsstufe im Jahr 2003 hatte die SPD-Ratsfraktion zusammen mit ihrem Koalitionspartner eine Neufestlegung von Schulstandorten vorgenommen, die im Ergebnis eine Reihe von Außenstellen für Gymnasien und Realschulen mit sich gebracht hatte. Nach vier Jahren, so die Aussage, wollte man sich mit der Frage erneut auseinander setzen. So stand denn auch im Jahr 2007 die mögliche **Aufgabe von Außenstellen** im Zentrum des Interesses.

Unter Federführung der Schul AG wurde der umfangliche Sachverhalt beraten und konnte im Dezember 2007 durch einen Beschluss im Rat erfolgreich abgeschlossen werden.

Das ebenfalls in der letzten Legislaturperiode gestartete Projekt „**Schule im Stadtteil**“ entwickelte sich seit 2007 zu einem wahren Erfolgsmodell. Ende 2007 waren es 13 Grundschulen, die sich für das Projekt beworben hatten.

Da viele Schulen auf uns zugekommen waren und eine persönliche Unterstützung bei der Einrichtung von Stadtteilnetzwerken erbeten hatten, stellte die Schul AG für das Haushaltsjahr 2007 einen Antrag auf **3 Bildungskoordinatoren**, die im Fachbereich Bibliothek und Schule eingerichtet werden sollten. Der Antrag wurde beschlossen und die Stellen sind wie beabsichtigt eingerichtet und besetzt worden. Seither sind die Bildungskoordinatoren den Schulen beim Aufbau und der Pflege von Kooperationen behilflich.

Das Jahr 2007 stand für die Schul AG im Fokus bestehender Programme. Das Projekt „**Stadtteilorientierte Netzwerke für Bildung und Qualifizierung**“, welches sich zuvor ausschließlich auf Hauptschulen bezog, wurde auf die 2007 beschlossenen Kombinierten Haupt- und Realschulen erweitert. Dafür wurden zusätzlich 225.000 Euro bereitgestellt, so dass seitdem insgesamt 358.000 Euro zur Verfügung stehen.

Das Projekt „**Rucksackmütter**“, das fremdsprachliche Mütter von Kindern in Kindergartenalter zu Mediatoren ihres eigenen Sprachraums ausbildet, wurde als Projekt „Rucksack II“ konzeptionell auf Grundschulen erweitert. Ziel war es, die bereits zuvor ausgebildeten „Rucksackmütter“ mit Übergang ihrer Kinder an Grundschulen nicht zu verlieren, sondern ihr erworbenes Wissen auch dort gewinnbringend einzusetzen. Bei den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2008 wurden außerdem Mittel zur **Verbesserung der Situation bei Schultoiletten** und der **Ausbau der Hausaufgabenhilfe** eingereicht und beschlossen.

Mitte 2008 startete die Elternbefragung zum Bedarf an Integrativen Gesamtschulplätzen, die mit einer sehr großen Rückläuferquote und der Erkenntnis endete, dass die große Nachfrage die Einrichtung von zusätzlichen Integrativen Gesamtschulen rechtfertigt.

Gegen den Widerstand von CDU und FDP konnte der Rat der Stadt Hannover Ende 2008 mit der Umwandlung der beiden Schulen im Schulzentrum Stöcken in eine **Integrative Gesamtschule** den ersten Schritt machen. Zurzeit laufen Gespräche für die Einrichtung weiterer Gesamtschulen.

Für das Haushaltsjahr 2009 stehen auf Antrag der Ratsfraktion Gelder für die Durchführung von „**Sommerschulen**“ an Integrativen Gesamtschulen zur Verfügung. Das 2008 an der IGS Linden erprobte Projekt kann damit an bis zu vier weiteren Gesamtschulen durchgeführt werden. Mit der Sommerschule erhalten Schülerinnen und Schüler mit besonderen sozialen oder kognitiven Schwierigkeiten eine Chance zur Vertiefung ihrer Kenntnisse während der Sommerferien.

Gym Leibnizschule – wird jetzt saniert



Unser wichtiger Schwerpunkt im Investitionshaushalt ist in dieser Ratsperiode die **Schulsanierung**. In der Koalitionsvereinbarung 2006-2011 haben wir uns das Ziel gesetzt, alle Schulen mit wesentlichem Sanierungsbedarf zu sanieren.

Entsprechend haben wir zusammen mit dem Koalitionspartner bereits zum Haushalt 2007 einen Grundsatzbeschluss zur Umsetzung dieses ehrgeizigen Ziels gefasst. Die Schulen sollen energetisch und barrierefrei saniert werden. Um weitere Finanzmittel und Ressourcen zu gewinnen wollen wir auch die städtischen Beteiligungen GBH und union-boden GmbH als Kooperationspartner gewinnen und auch private Partner im Rahmen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften einbeziehen, sofern diese Lösungen wirtschaftlich sind. In der Umsetzung hat sich inzwischen gezeigt, dass dies vor allem bei Neubausprojekten der Fall sein kann.

Im September 2007 hat die Verwaltung ein entsprechendes Umsetzungsprogramm vorgelegt. Danach sollen bis zum Jahr 2011 mit einem Finanzvolumen von rund 150 Mio. Euro 27 weitere Schulen und 13 Kindertagesstätten saniert werden.

Dazu kommen die Sanierung der Leibnizschule und die Sanierung der IGS List durch die union-boden mit einem Volumen von rund 30 Mio. Euro sowie die Sanierung der IGS Mühlenberg durch die GBH mit einem Volumen von rund 50 Mio. Euro. Damit ergibt sich ein Finanzvolumen von insgesamt rund 230 Mio. Euro.

Für die Verbesserung des Lärmschutzes an Schulen stehen 2009 sowohl Projektmittel als auch investive Mittel zur Verfügung. Die Verbesserung der Ausbildung von Eltern- und Schülerräten war der Koalition außerdem 3.000 Euro wert. Die Projektgruppe Bildung, die sich als Begleitung der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe Bildung versteht, hat ihre Arbeit



GS am Sandberge

auch in den vergangenen Jahren weitergeführt. Es besteht seitens der Bildungspolitiker große Hoffnung an dem in der Verwaltung in Beratung befindlichen „**Kommunalen Bildungsplan**“, der als Grundlage zukünftiger Bildungsinvestitionen angesehen wird. Neben dem Ausbau integrativer Systeme erarbeitete die PG Bildung Vorschläge für Veranstaltungen zum Thema Ganztagschulen.

In der ersten Halbzeit der aktuellen Ratsperiode hat die Schul AG folgende Einrichtungen besucht: HRS Heinrich-Heine-Schule, Astrid-Lindgren-Förderschule und Gebrüder-Körting-Grundschule, GS Beuthener Straße, Gymnasium Goetheschule, Gymnasium Wilhelm-Raabe-Schule, Schulbiologiezentrum, Gymnasium Tellkampfschule, GS Marienwerder und GS Havelse, Albert-Schweitzer-Grundschule. Ein gemeinsamer Gesprächskreis mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft beschäftigte sich mit dem Thema „Kombinierte Haupt- und Realschulen“ und in einem GEW Positionierungsgespräch mit

dem Koalitionspartner stand die Einrichtung weiterer Integrierter Gesamtschulen im Mittelpunkt.

Zusammen mit der Bundestagsabgeordneten Edelgard Bulmahn, dem Landtagsabgeordneten Stefan Politze und Vertretern anderer Organisationen hat eine Veranstaltung unter dem Motto „Gute Bildung braucht mehr – ganztags und gemeinsam in die Zukunft“ am 9. Dezember 2008 in der IGS Linden stattgefunden. Am 21. April 2009 fand die Veranstaltung „Was wird aus der IGS?“ statt. ■

GS Goetheplatz



Dr. Gudrun Koch
AG-Sprecherin und
stv. Ausschussvorsitzende

Stephan Degenhardt
Regina Fischer
Anne Lossin
Brigitte Schlienkamp
Ulrike Bittner-Wolff bis 13.11.08

Beratende Mitglieder im Sozialausschuss:
Klaus Dickneite, Markus Stünkel

Schwerpunkte der Arbeitsgruppe Soziales:

- Offene Seniorenarbeit
- Erklärung von Barcelona
- Nachbarschaftliche Unterstützungssysteme
- Würdigung des Ehrenamts
- Diamorphinvergabe an Schwerstabhängige
- Ausstiegswillige Prostituierte
- Ausbildungspatenschaften
- Prävention von Verschuldung
- Kampagne zur Energiesparberatung
- Hannover-Aktiv-Pass
- Flüchtlingsheim
- Reintegration wohnungsloser Frauen

■ Die Arbeitsgruppe Soziales ist mit einer Fülle von gesellschaftlichen Problemfeldern konfrontiert, bei denen sich nur durch kontinuierliche Beratung und Prävention eine soziale Verbesserung erreichen lässt.

Die Weiterentwicklung der offenen Seniorenarbeit ist einer der Schwerpunkte sozialdemokratischer Kommunalpolitik in dieser Ratsperiode. Geplant ist die Einrichtung weiterer **Seniorenbüros**. Zusätzlich wurde die Verwaltung aufgefordert, eine Zwischenbilanz zu ziehen und weitere Perspektiven zu entwickeln.

Wir haben Maßnahmen im Sinne der **Erklärung von Barcelona** zur gleichberechtigten Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben gefördert. Das erste Projekt war 2008 die Anwendung einer „Leichten Sprache“ in Verwaltungsschriften. Im Januar 2009 konnte der Runde Tisch für Menschen mit Behinderungen eingerichtet werden.

Zur Verbesserung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens wurden **Nachbarschaftliche Unterstützungssysteme (NI)** in vier Stadtteilen eingerichtet. Der Schwerpunkt liegt auf der Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements für einander und miteinander.

Ein Konzept zur **Würdigung des Ehrenamts** ist beantragt und in Vorbereitung.

Die differenzierten Einrichtungen der Drogenhilfe in der Stadt haben sich bewährt und werden fortgeführt. Wir haben uns gegen Widerstände für die erforderliche Fortführung der **Diamorphinvergabe an Schwerstabhängige** eingesetzt. Für einen mehrjährigen Zeitraum wird die kontrollierte Abgabe von Heroin mit anteilmäßigen Zuschüssen von Land und Region weiter geführt. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Erfolgsrate hinsichtlich des Erreichens einer Abstinenz in Hannover im Städtevergleich am höchsten ist.



Foto: Jens Schulze

Für **ausstiegswillige Prostituierte** haben wir innovative Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung in Kooperation mit der Volkshochschule eingeleitet. Da viele Prostituierte Kinder haben, ist der Einstieg in den Ausstieg für die Zukunft der Familie richtungweisend in eine selbst bestimmte Zukunft.

Zur Vermeidung von Ausbildungsplatzabbrüchen haben wir als Hilfe für junge Menschen die Mittel für **Ausbildungspaten-schaften** erhöht. Diese Maßnahme ist sehr erfolgreich und soll fortgeführt werden.

Ein Konzept zur **Prävention von Verschuldung** junger Menschen wurde auf unsere Initiative erarbeitet. Unser Ziel ist die Vermittlung von Finanzkompetenz auf der Basis des vorhandenen Angebots, Information über Schuldenfallen und damit die Vermeidung eines Weges in die Abwärtsspirale.

Die Ratsfraktion fordert die Entwicklung einer Reihe von Präventionsmöglichkeiten zur Verhinderung von Strom- und Gas-sperren in Privathaushalten durch die Energieversorger, um soziale Härten zu vermeiden. Die betroffenen KundInnen sollen dabei unterstützt werden, in Zukunft eigenständig Schulden und ggf. sogar Sperrungen zu vermeiden.

Durch unseren Antrag wird eine **Kampagne zur Energie-sparberatung** für Mieterhaushalte durchgeführt, die sich besonders an einkommensschwache Haushalte richtet. Das Konzept umfasst drei Projektbausteine: Haus-zu-Haus-Beratungen (Beginn 2008 Hainholz, 2009 Stöcken), Qualifizierung und

Einsatz von Energiesparberatern mit ALG II-Hintergrund und Einsparberatungen durch Deutschen Mieterbund Hannover e.V. (DMB) und Verbraucherzentrale Niedersachsen e.V. (VZN). In Anlehnung an die guten Erfahrungen mit Hilfen für einkommensschwache Familien in anderen Kommunen wurde auf Antrag der rot-grünen Koalition Finanzmittel in Höhe von 500.000 Euro in den Haushalt 2009 eingestellt für einen **Hannover-Aktiv-Pass**. Die Gruppe der Anspruchsberechtigten umfasst vor allem Empfänger von Transferleistungen und richtet sich auf die Teilhabe an den kulturellen Angeboten des öffentlichen Lebens.

Die Zahl der Flüchtlinge, die in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden müssen, ist erfreulicherweise rückläufig. Das **Flüchtlingsheim** für Familien mit kleinen Kindern, das von der evangelischen Freikirche mit großem ehrenamtlichen Einsatz betrieben wird, konnte aus den bisherigen Räumlichkeiten Alte Döhrener Str. in einen Neubau an der Hildesheimer Strasse umziehen. Das Grundstück wurde von der Stadt zur Verfügung gestellt. Das Gebäude kann später ggf. auch für ein Betreutes Wohnen umgenutzt werden.

Auf Antrag der rot-grünen Koalition wurde ein Projekt zur Unterstützung der **Reintegration ehemals wohnungsloser Frauen** entwickelt. Das Projekt ist besonders auf Unterstützung ausgerichtet bei der Alltagsbewältigung/Haushaltsführung, Beratung zur finanziellen Konsolidierung, Intervention im Krisenfall und Hilfestellung zur Aufnahme von beruflichen Tätigkeiten/Qualifizierung.

Die Sozial AG hat in der ersten Hälfte der Ratsperiode unterschiedliche, soziale Einrichtungen in der Stadt besucht und sich informiert z.B. bei Asphalt, Obdachloseneinrichtungen, Nachbarschaftsinitiativen, barrierefreie Wohnungen, Drogentherapieeinrichtung STEP am Kronsberg. ■



Andreas Bergen
AG-Sprecher

Stefan Politze Ausschussvorsitzender
Thomas Hermann
Johannes Löser
Joachim Rodenberg

Beratende Mitglieder im Sportausschuss:
Horst Josch, Wolf Dietmar Kohlstedt

- Schwerpunkte der Arbeitsgruppe Sport:
- Energetische Sanierung von Sportstätten
 - Städtische Bäder
 - Sportentwicklungsplan
 - Förderung von Frauen im Sport
 - Förderung von Jugendprojekten
 - Jugendsportzentrum

■ Die energetische Sanierung von Vereinssportanlagen ist ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit der Sport AG in den vergangenen drei Jahren gewesen. Das Programm „**Energetische Sanierung von Sportstätten**“ wird mit einer hohen Eigenbeteiligung der Vereine durchgeführt, die in Kooperation mit der Stadt sinnvolle Sanierungen kostengünstig durchführen. Bisher sind einige Vereinssportstätten sehr erfolgreich und nachhaltig saniert worden. Dennoch besteht bei der energetischen Sanierung von Vereinssportanlagen nach wie vor ein hoher Bedarf. Die SPD-Ratsfraktion hat in der Ratsperiode seit 2006 insgesamt 210.000 Euro zusätzliche Mittel für diesen wichtigen Bereich der Sportpolitik beantragt.

Die **Bäder in der Stadt Hannover** werden überwiegend als Sportbäder geführt und sind insgesamt gesehen in einem guten Zustand. Dem veränderten Freizeitverhalten der Bevölkerung muss in den nächsten Jahren aber verstärkt Rechnung getragen werden. Besonders erfreulich ist, dass das Hainholzer Bad vor der drohenden Schließung bewahrt werden konnte und mit Mitteln des Städtebauprogramms Soziale Stadt zu einem attraktiven Naturbad umgebaut werden konnte.

Aspria Maschsee



Naturbad Hainholz

Die Verwaltung wurde 2007 von der SPD-Ratsfraktion beauftragt, einen Zeit- und Umsetzungsplan für den **Sportentwicklungsplan** vorzulegen. Dieser wurde zum 1. Quartal 2007 vorgelegt. Seitdem wird kontinuierlich an der Umsetzung des Sportentwicklungsplans gearbeitet, erste Ergebnisse liegen schon vor. Diese Arbeit wird auch künftig intensiv von der Sport AG begleitet.

Eigene Haushaltsmittel zur Projektförderung wurden für die **Förderung von Frauen im Sport** bereitgestellt. Ein besonderer Schwerpunkt war dabei die Förderung von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund, um ihnen den Zugang und die Teilhabe am Sport zu erleichtern.

Eigene Haushaltsmittel stehen auch für die **Förderung von Jugendprojekten** in den Sportvereinen bereit. Diese Mittel werden durch den Stadtsportbund verwaltet. In jedem Jahr werden aus diesen Mitteln ca. 30 Jugendprojekte gefördert. Ein besonderes Projekt ist das neu geschaffene **Jugendsportzentrum** im Jugendzentrum Buchholz. ■



Alptekin Kirci

AG-Sprecher

Bernd Strauch Ausschussvorsitzender
Stephan Degenhardt
Regina Fischer
Brigitte Schlienkamp

Beratende Mitglieder im Migrationsausschuss:
Abayomi Bankole, Graciela Guáqueta-Korzonnek,
Faiema Sediq, Giovanni Pollice

Schwerpunkte der Arbeitsgruppe Migration und Integration:

- **Lokaler Integrationsplan (LIP)**
- **Allianz für Integration**
- **Interkulturelles Handlungsprogramm**
- **Integrationsforum**
- **Handlungsfelder LIP**
- **Förderung der Integration**
- **Integrationsbeiräte in den Stadtbezirken**
- **GESELLSCHAFTSFONDS ZUSAMMENLEBEN**
- **Förderung von Vereinen und Institutionen mit Migrationshintergrund**
- **Aufbau „Kommunaler Islamforen“**
- **Abschaffung von Gutscheinen für AsylbewerberInnen**
- **Bleiberechtsregelung**
- **Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“**
- **Menschen ohne Aufenthaltsstatus**
- **Haus der Religionen**

■ **Die Forderung nach Integration, Teilhabe und interkultureller Öffnung ist mittlerweile zum Konsens in der Migrationspolitik geworden.** Eine erfolgreiche Integration und Partizipation in einer Einwanderungsgesellschaft ist nur möglich, wenn die zugewanderten Menschen am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Leben gleichberechtigt und aktiv teilhaben sowie sich als Teil der Stadtgesellschaft verstehen.

Eine der zentralen Forderungen der rot-grünen Koalitionsvereinbarung wurde mit dem **Lokalen Integrationsplan (LIP)** umgesetzt. Migration und Integration sollten als ein zentrales Thema der Zukunftsgestaltung und als Querschnittsaufgabe für die gesamte Stadtverwaltung werden.

Sechs Handlungsfelder werden im Lokalen Integrationsplan benannt: Sprache, Wirtschaft, Soziales, Zusammenleben in der Stadt, Demokratie und Stadtverwaltung sowie weitere Themen wie Antirassismus und die Situation illegaler Einwanderer.

Auf Betreiben der SPD-Ratsfraktion wurde für die Förderung der Selbstorganisationen und des bürgerschaftlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten im Haushalt 2008 erstmals ein Gesamtansatz in Höhe von 500.000 Euro zur **Förderung der Integration** für die Umsetzung des Lokalen Integrationsplans und zur Förderung von Selbstorganisation der Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Hannover eingestellt. Zwei wichtige Instrumente dieser Förderung sind die **Integrationsbeiräte in den Stadtbezirken** und der **GESELLSCHAFTSFONDS ZUSAMMENLEBEN**.

In den Integrationsbeiräten werden Menschen mit Migrationshintergrund auf Stadtbezirksebene aktiv. Die Einrichtung

von Integrationsbeiräten hat zum Ziel, alle in Hannover lebenden Bevölkerungsgruppen an der Gestaltung ihres unmittelbaren Wohnumfelds teilhaben zu lassen.

Zu den migrationspolitischen Grundsätzen der SPD-Ratsfraktion gehört die Überzeugung: Bürgerschaftliches Engagement ist ein geeigneter Weg, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in Vereinen, Organisationen etc. vermittelt Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten und fördert die Übernahme zivilgesellschaftlicher Verantwortung.

Zusätzlich setzt die Integrationspolitik der SPD-Ratsfraktion auf moderierte Prozesse. Mit dem Aufbau „**Kommunaler Islamforen**“ wird ein Dialog unterstützt und gestärkt, um auch kontroverse Aspekte des Zusammenlebens zu erörtern.

Die SPD-Ratsfraktion setzt sich beim Niedersächsischen Innenminister und dem Niedersächsischen Landtag dafür ein die landesweite Praxis, Asylbewerberinnen und Asylbewerber **Gutscheine statt Bargeld** für den Lebensunterhalt zu geben, abzuschaffen.

Auf Initiative der Migrations AG der SPD-Ratsfraktion wurden der Niedersächsische Innenminister und der Niedersächsische Landtag mit einer **Resolution zur Bleiberechtsregelung** aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Bleiberechtsregelung für langjährig in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer mit Duldungsstatus (Altfallregelung) beschlossen wird.

Im Jahr 2007 hat die SPD-Ratsfraktion erreicht, dass auch die Landeshauptstadt Hannover die „**Charta der Vielfalt**“ unterzeichnet und damit ihre Anerkennung und Wertschätzung der Vielfalt in der Arbeitswelt dokumentiert. Damit besteht



auch der Anspruch, dass die Landeshauptstadt Hannover hannoversche Unternehmen dazu anregen wird, ebenfalls die „**Charta der Vielfalt**“ zu unterzeichnen.

Die SPD-Ratsfraktion will die soziale Lage von **Menschen, die ohne Aufenthaltsstatus in Hannover leben** durch geeignete Maßnahmen verbessern. Daher wurden Projektmittel für die „**Niedrigschwellige Beratung für Menschen ohne Papiere in Hannover**“ bereitgestellt. Für Menschen in einer akuten Notsituation sollen Perspektiven und mögliche Wege aus der Illegalität entwickelt werden.

Die Migrations AG der SPD-Ratsfraktion steht zu dem Vorhaben, in Hannover das **Haus der Religionen** dauerhaft zu sichern und so den interreligiösen Dialog zu stärken. Darüber hinaus sind Vortragsreihen und Diskussionsforen geplant. ■



Anne Lossin
AG-Sprecherin und
stv. Ausschussvorsitzende

Andreas Bergen
Regina Fischer
Kerstin Tack
Birgit Nerenberg

Beratendes Mitglied im Gleichstellungsausschuss:
Franz Moormann

Schwerpunkte der Arbeitsgruppe Gleichstellung:

- Frauenförderpreis
- Stadt Hannover Preis – Frauen machen Standort
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Vereinbarkeit von Pflege und Beruf
– zu pflegende Angehörige
- Qualifizierung von ausstiegswilligen Prostituierten
- Frauen mit Migrationshintergrund
- Zwangsheirat
- Akzeptanz von Schwulen und Lesben
- Maneo-Studie – Gewalterfahrungen von Schwulen
- Lesben und Schwule im Alter
- Gender Budgeting – Gender Mainstreaming
- Portraits hannoverscher Ratsfrauen

■ Eine der ersten Handlungen der Gleichstellungs AG zu Beginn der Ratsperiode 2006 war der Auftrag an die Verwaltung ein neues Konzept für den **Frauenförderpreis** zu erarbeiten. Wir wollten weg, von dem „Frauen haben Förderung nötig“ Image und haben den Preis nicht nur mit dem Titel **„Stadt Hannover Preis – Frauen machen Standort“** erneuert.

Wir beschäftigten uns danach der Frage: „Wie wird die Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt und die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** in Hannover gelebt?“. Wir ließen uns dazu von Aufsichtsratsmitgliedern und Gleichstellungsbeauftragten berichten und forderten im Rahmen der familienpolitischen Leitlinien eine „Kampagne familiengerechte Arbeitswelt“ der Stadt Hannover. Dies haben wir mit einem Antrag der SPD-Ratsfraktion zum Haushaltsjahr 2009 bekräftigt.

Zum Thema **„Vereinbarkeit von Pflege und Beruf – zu pflegende Angehörige“** organisierten wir eine öffentliche Veranstaltung und diskutierten die häufige Doppelbelastung vieler Frauen, die ihren Beruf ausüben und nach dem Feierabend Angehörige pflegen.

Außerdem beschäftigten wir uns mit dem „ältesten Gewerbe der Welt“ und beantragten eine **„Maßnahme zur Qualifizierung von ausstiegswilligen Prostituierten“**.

Auf Initiative der Gleichstellungs AG wurden neue bessere Räumlichkeiten für die Beratung und Streetwork-Arbeit auf dem Straßenstrich gefunden.

Die Stadtverwaltung legte 2007 ihr erstes Konzept zum „Lokalen Integrationsplan“ vor. Den darauf folgenden Prozess begleitete und gestaltete die Gleichstellungs AG durch Änderungsanträge. Außerdem forderten wir, dass bei den Sportförderungsmitteln für Frauen ein Schwerpunkt bei Projekten für

Frauen mit Migrationshintergrund gelegt wird, etwa mit dem Projekt „Fahr Rad!“.

2008 beantragten wir eine Anhörung zum Thema **Zwangsheirat**. Im Anschluss erarbeiteten wir einen Antrag zur Verbesserung der Präventions-, Informations- und Beratungsarbeit für Menschen, die von Zwangsheirat betroffen sind.

2007 organisierte die AG eine öffentliche Veranstaltung zur **Akzeptanz von Schwulen und Lesben** „Hannover wird bunt – nicht nur ein Lippenbekenntnis“, aus dieser ergaben sich viele Impulse für die weitere Arbeit der AG und auch des Gleichstellungsreferates der Verwaltung.

Weiterhin beschäftigten wir uns mit der **Maneo-Studie** – eine Umfrage zu **Gewalterfahrungen von Schwulen**. Aus dieser Arbeit entwickelten wir eine Anfrage im Rat und brachten das Thema in den Kommunalen Kriminalitätspräventionsrat ein.

Ausstellung „Vom anderen Ufer ...“

Foto: Pressestelle LHH



2008 beantragten wir eine Anhörung zu „**Lesben und Schwule im Alter**“. Als Resultat der Anhörung beauftragten wir die Verwaltung, mit den hannoverschen Alten- und Pflegeheimen, ambulanten Pflegediensten, Trägern von Wohnprojekten und der Gruppe 40plus in Kontakt zu treten, um gemeinsam ein Konzept zum Thema Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle und Transgender im Alter zu erarbeiten und eine tolerantere Haltung in Altersheimen zu erreichen.

Mit Haushaltsanträgen unterstützten wir die Jugendarbeit (Nevermind e.V. für die Arbeit im Knackpunkt und Förderung einer Kulturveranstaltung i.S.v. CSD, Förderung eines Theaterprojektes zum Coming Out) und förderten eine Ausstellung im Historischen Museum zur Aufarbeitung hannoverscher schwul/lesbischer Geschichte, die inzwischen erfolgreich gestartet ist.

Wir setzten uns mit den Themen **Gender Budgeting, Gender Mainstreaming** und den Frauenfördermitteln der Landeshauptstadt Hannover auseinander, welche weiterhin kritisch begleitet oder vorangetrieben werden. Auch stellten wir einen Antrag zu „**Portraits hannoverscher Ratsfrauen**“, mit denen 25 Jahre institutionalisierte Frauenpolitik und 65 Jahre Rat gewürdigt werden sollen.

Es haben Gespräche stattgefunden mit: BEFAH e.V., Männerbüro Hannover e.V., Mädchenhaus Hannover, Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V., Frauenhaus Hannover e.V., Frauen- und Kinderschutzhaus Hannover, Nevermind e.V./Knackpunkt, Beratungsstelle Osterstraße; Phoenix e.V./Kobra/La Strada und die Beratungsstelle Violetta. ■



Ralf Borchers

AG-Sprecher

Thomas Hermann Ausschussvorsitzender Finanzen,
Haushalt und Rechnungsprüfung

Martin Hanske

Christine Kastning

Angelika Pluskota

Schwerpunkte der Arbeitsgruppe Finanzen, Haushalt und
Rechnungsprüfung:

- Entwicklung der Stadtfinanzen
- Stärkung der Investitionen
- Schulsanierung und Ausbau der Kinderbetreuung
- Finanzkrise
- Fortsetzung Konsolidierung
- Konjunkturprogramm II
- Schwerpunkt Ausbau von Ganztagschulen
- Neues Kommunales Rechnungssystem (NKR)
- Städtische Beteiligungen

■ Unser Ziel ist, die Stadt mittel- und langfristig handlungsfähig zu halten im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und der Institutionen in der Stadt.

In den vergangenen zweieinhalb Jahren haben sich die **Stadtfinanzen** sehr positiv entwickelt. Der Konjunkturaufschwung und eine prosperierende Wirtschaft am Standort Hannover hatten zu einer deutlichen Erhöhung der Steuereinnahmen (Einkommensteuer und Gewerbesteuer) geführt. Dennoch hat die SPD-Ratsfraktion am Kurs der Haushaltskonsolidierung mit einer sparsamen Ausgabenpolitik und restriktiver Haushaltsbewirtschaftung festgehalten.

Der Erfolg ist messbar: Seit dem Jahr 2005 konnten jahresbezogen jeweils deutliche Haushaltsüberschüsse ausgewiesen werden. So konnten die Altdefizite aus den Jahren 2001 und 2003 bis 2004 (letzte Konjunkturkrise) bis Ende **2008 um rund 150 Mio. Euro** verringert werden. Auch für das Rechnungsjahr 2008 wird ein deutlicher Überschuss erwartet. Die positive Entwicklung ist auch an der Entwicklung der Kassenkredite – dem „Girokonto“ der Stadt – ablesbar. Ihr Volumen ist von rund 350 Mio. Euro (Ende 2006) auf rund 50 Mio. Euro (Ende 2008) um rund 300 Mio. Euro gesunken. Entsprechend gesunken sind auch die Zinsbelastungen für den Haushalt. Ihr Anteil im Verhältnis zu den Einnahmen des Verwaltungshaushalts ist von fünf Prozent auf aktuell rund drei Prozent gesunken. Damit steht Hannover auch im Vergleich zu den anderen niedersächsischen Kommunen sehr gut da.

Nach Jahren der Konsolidierung ermöglichte die gute Einnahmentwicklung aber auch die Umsetzung wichtiger politischer Ziele. Dazu gehört die gezielte **Stärkung der Investitionen** – mit dem besonderen Schwerpunkten **Schul- und Kita-Sanierung**. Im September 2007 hat die Verwaltung ein entsprechendes Umsetzungsprogramm vorgelegt. Danach sollen

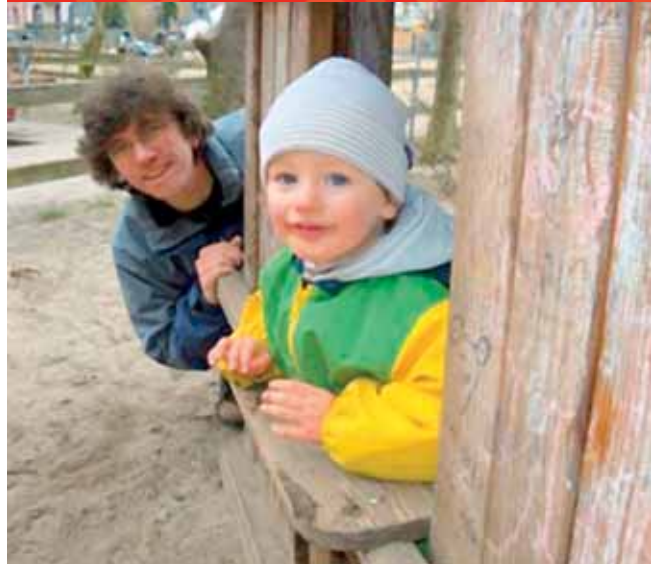
bis zum Jahr 2011 mit einem Finanzvolumen von rund 150 Mio. Euro 27 Schulen und 13 Kindertagesstätten saniert werden.

Die SPD-Ratsfraktion hat sich das Ziel gesetzt, die Zahl der Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige bis 2013 jährlich um rund 300 Plätze zu steigern. Dies bedeutet nicht nur hohe Investitionskosten – eine neue Kita für 30 Kinder kostet ca. 1 Mio. Euro – sondern auch einen Zuwachs der Personal- und Verwaltungskosten von rund 10 Mio. Euro pro Jahr.

Die sich seit Herbst 2008 abzeichnende globale **Finanz- und Wirtschaftskrise** macht auch vor den Toren der Stadt Hannover nicht halt. Die Schwächung der Wirtschaft wird auch zu einem spürbaren Rückgang der Steuereinnahmen – insbesondere der Gewerbesteuer, die 60 Prozent der städtischen Steuereinnahmen ausmacht, führen. Das Ziel, ein jahresbezogen ausgeglichener Haushalt, wird 2009 nicht zu erreichen sein. So weist der Haushaltsplan für 2009 nun ein erwartetes Defizit von rund 72,6 Mio. Euro aus. Die wesentlichen Ursachen sind geringere erwartete Steuereinnahmen sowie die beschlossene Erhöhung der Regionsumlage, die die Landeshauptstadt Hannover mit rund 24 Mio. Euro belasten.

Vor diesem Hintergrund gibt es nur eine Schlussfolgerung: Der Kurs der **Haushaltskonsolidierung muss fortgesetzt werden**, damit der städtische Haushalt mittel- und langfristig und vor allem konjunkturunabhängig wieder ausgeglichen werden kann.

Das **Konjunkturprogramm II** bietet in dieser Krisensituation einen Hoffnungsschimmer für die Stadt. Bund und Land Niedersachsen stellen dafür rund 14,5 Mio. Euro zur Verfügung, die LH Hannover muss dazu einen Eigenanteil von rund 4,8 Mio. Euro leisten, damit ergibt sich ein Gesamtvolumen von rund



19,3 Mio. Euro. Mehrere bisher aus finanziellen Gründen noch nicht begonnene oder in den Haushalt eingestellte Investitionsprojekte der Stadt könnten jetzt kurzfristig innerhalb der nächsten zwei Jahre realisiert und abgerechnet werden. Damit können wir unseren **Schwerpunkt Ausbau von Ganztagschulen** in Angriff nehmen, außerdem zwei weitere Turnhallen sanieren sowie dringend erforderliche Maßnahmen beim Pavillon (Brandschutz), Theater am Aegi (Fassade), Freizeitheim Linden (Fassadensanierung) in Angriff nehmen. Weitere Finanzmittel stehen bei dem ebenfalls angekündigten Landesprogramm zur Schulinfrastruktur zur Verfügung. Damit kann z.B. die Ausstattung der hannoverschen Schulen mit Digitalen Medien weiter voran gebracht werden. Insgesamt fließen damit rund 30 Mio. Euro in die Landeshauptstadt Hannover.

Unbeachtet von der Öffentlichkeit vollzieht sich die Umwandlung vom kameralen zum **Neuen Kommunalen Rechnungssystem (NKR)**. Dabei handelt es sich um eine der größten

organisatorischen und technischen Herausforderungen der vergangenen und kommenden Jahre. Das NKR enthält als wesentliches neues Element die Bilanz. In der Bilanz erfolgt eine Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden der Stadt. Anfang 2010 wird der Haushalt für das Jahr 2011 dann im neuen Stil des NKR geplant und den Ratsmitgliedern zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die **städtischen Beteiligungen** – Deutsche Messe AG, Stadtwerke Hannover AG, Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH, Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH (VVG) union-boden GmbH, Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH (GBH) u.a. haben eine große Bedeutung für die Wirtschaftskraft und den Arbeitsmarkt der Region: So erzielen die städtischen Beteiligungen pro Jahr nicht nur eine Wertschöpfung von rund 522 Mio. Euro, sondern sie tätigen Investitionen und beauftragen Vorleistungen im Volumen von rund 1,1 Mrd. Euro. Daraus ergibt sich ein wirtschaftlicher Impuls von rund 1,6 Mrd. Euro (rund 6,3 Prozent der Wertschöpfung der Region). Davon entfällt rund die Hälfte auf Stadt und Region Hannover. Die städtischen Beteiligungen beschäftigen insgesamt fast 6.000 Mitarbeiter/innen. Rechnet man die indirekten (etwa bei Vorleistungslieferanten) und induzierten Arbeitsplätze wie die Wirkung der Messe AG auf Gastronomie- und Hotelgewerbe hinzu, ergibt sich ein Gesamtbeschäftigungseffekt von rund 17.200 für die Stadt und Region. Das entspricht 7,4 Prozent aller Beschäftigten in Stadt und Region. Deshalb darf man nicht leichtfertig mit den Beteiligungen spielen und ihre positive Wirkung für Stadt und Region durch Forderungen nach Privatisierung gefährden. Die SPD-Ratsfraktion steht zu den städtischen Beteiligungen. Sie stellen für den Wirtschaftsstandort und den Arbeitsmarkt in Stadt und Region gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise einen wichtigen Stabilitätsanker dar. ■



Werner Bock
AG-Sprecher

Christine Kastning Ausschussvorsitzende
Ulrike Bittner-Wolff

Michael Klie

Bernd Strauch Bürgermeister und Ratsvorsitzender

Schwerpunkte der Arbeitsgruppe Organisation und Personal:

- Stadtbezirksmanagement
- Ideen- und Beschwerdemanagement
- E-Government
- Personalentwicklung
- Ausbildung und Fortbildung
- Gesundheitsmanagement
- Lärminderungsprogramm
- Zuwendungscontrolling
- Berufsfeuerwehr
- Rettungsdienst
- Kampfmittelbeseitigung

■ Die von der SPD-Ratsfraktion geforderte – **Bündelung und Vernetzung städtischer Dienstleistungen auf Stadtbezirksebene** ist erfolgreich umgesetzt worden. Um die städtischen Dienstleistungen sowohl für die Stadtbezirke als auch in den Stadtbezirken systematisch zu koordinieren, ist ab Juli 2008 in jedem der dreizehn Stadtbezirke Hannovers eine StadtbezirksmanagerIn eingesetzt. Damit soll gewährleistet werden:

- dass im Sinne von Gender Mainstreaming die Lebensrealität von Frauen und Männern bei allen auf den Stadtbezirk bezogenen Entscheidungen und in der eigenen Organisation berücksichtigt wird
- dass die aktive Teilnahme von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen oder Behinderungen am gesellschaftlichen Leben im Stadtbezirk gefördert wird dass die interkulturelle Öffnung auf Stadtbezirksebene weiter vorangetrieben wird.

Unser Antrag aus dem Jahr 2006, im Rahmen von E-Government ein **Ideen- und Beschwerdemanagement** für die EinwohnerInnen und BewohnerInnen Hannovers über die Internetpräsenz der Landeshauptstadt Hannover ,hannover.de' einzurichten, geht jetzt an den Start. Das Internet entwickelt sich zunehmend von einem Informations- zu einem Kommunikationsmedium. Die klassischen Möglichkeiten der Anregung oder Beschwerde an die Verwaltung, sollten daher um die Variante Internet analog erweitert werden. Dies eröffnet einen weiteren Zugang zur Verwaltung und baut mögliche Barrieren ab. Die komplexen Anforderungen an die Umsetzung haben viel Zeit erfordert. Nach der Erprobungsphase soll das System im Herbst 2009 zum Einsatz kommen.

Die Weiterentwicklung des **E-Government** ist ständig ein Thema zur Verbesserung des Kundenservice. Durch die elektronische Bearbeitung sollen Verwaltungsvorgänge optimiert und



Foto: Jens Schulze

verkürzt werden. Schon jetzt bieten die unterschiedlichsten Sachgebiete der Verwaltung Informationen zu Dienstleistungen im Internet an – Bürgerberatungssystem. Online Abfragen erleichtern bei den Bürgerämtern (Personalausweis), der Kfz-Zulassung (Wunsch-Kennzeichen), Ausländerbehörde und ab I. Quartal 2009 auch Standesamt – (Terminvereinbarung) die Erreichbarkeit für die BürgerInnen.

Für die von der SPD geforderte Kundenorientierung zur Verbesserung des Kundenservice ist im Oktober 2008 die Auswer-

tung der Befragung aus sechs ausgewählten Pilotbereichen vorgelegt worden: Bürgerbüro, Gewererecht und -überwachung, Fachbereich Soziales, Stadtbibliothek, Stadtpark und Stadterneuerung. Das durchaus positive Ergebnis zeigt auch Schwachpunkte auf, die nun durch geeignete Maßnahmen verändert werden.

Die Anforderungen und Aufgaben der VerwaltungsmitarbeiterInnen sind in den vergangenen Jahren gestiegen, gleichzeitig sind die jährlichen Personalkosten seit Jahren eingefroren und durch restriktive Vorgaben zur Wiederbesetzung von frei werdenden Stellen noch verschärft worden. Verwaltungsoptimierung ist für uns ein stetiger Prozess. Mit dem Verwaltungsentwicklungsprogramm 2006 bis 2010 ist auch die demographische **Personalentwicklung** in der Stadtverwaltung in den Fokus gerückt. Um künftig der veränderten Personalstruktur gerecht zu werden, wurde im Juni 2008 ein Konzept für eine altersgerechte Personalentwicklung vorgelegt.

Ein weiterer Schwerpunkt im Personalbereich ist seit Jahren die **Ausbildung und Fortbildung**. Die Stadt bildet in 35 verschiedenen Ausbildungsberufen aus – wie von der SPD-Ratsfraktion gefordert zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit weit über Bedarf (Neueinstellungen 2006 = 133, 2007 = 159, 2008 = 162) und mit der Maßgabe, diese jungen Menschen auch noch ein Jahr nach der Ausbildung zu beschäftigen. Die SPD setzt sich außerdem dafür ein, die geplante Steigerung der Zahl der Auszubildenden mit Migrationshintergrund für alle Ausbildungsberufe auf 20 Prozent bis 2015 zu erhöhen.

Dem **Arbeits- und Gesundheitsschutz** der Beschäftigten der Stadt Hannover wird eine wachsende Bedeutung beigegeben. Das Arbeitsschutzprogramm gilt seit 1998 als Leitlinie zur betrieblichen Gesundheitsförderung für die Stadtverwaltung Hannover. Dazu sind inzwischen verschiedene Projekte zur

Gesundheitsförderung wie „Gesundes Mittagessen“ oder Betriebssport in den Fachbereichen und Betrieben aufgelegt worden. Sie erfreuen sich guter Resonanz.

Durch die hohe **Lärmbelastung** während der Kinderbetreuung in städtischen Kindertagesstätten, verstärkt durch ungünstige Raumakustik, kommt es zu nachhaltigen gesundheitlichen Beeinträchtigungen bei den betroffenen Beschäftigten. Es bestand Handlungsbedarf, da auch die Fehlzeitenquote im Kindertagesstättenbereich von mehr als acht Prozent über dem Verwaltungsdurchschnitt lag. Die Verwaltung hatte sich seit mehreren Jahren durch Messungen, Befragungen und Information im Rahmen von Gesundheitsförderungsprojekten der Problematik angenommen. Dennoch hielt die Ratsfraktion weitere Maßnahmen zum Lärmschutz für notwendig und hat zum Haushalt 2007 die Personalfördermittel erhöht. Mit den zusätzlichen Mitteln sollten geeignete Maßnahmen zum Lärmschutz in städtischen Kindertagesstätten und zur Gesunderhaltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickelt werden. Bei zukünftigen Neubau- und Sanierungsmaßnahmen soll der Fachbereich Gebäudemanagement besonderen Wert auf erhöhten Lärmschutz in Kindertagesstätten legen.

Durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zur Anpassung der Arbeitszeit der Feuerwehr musste für die **Berufsfeuerwehr der Landeshauptstadt** über die neue Arbeitszeitregelung und Anrechnung der Stunden des Bereitschaftsdienstes sowie den Freizeitausgleich entschieden werden. 80 Feuerwehrleute mussten neu eingestellt werden. Mit der kostenintensiven Anschaffung neuer Feuerwehreinsatz- oder Rettungsfahrzeuge hat Hannover eine leistungsstarke Feuerwehr geschaffen.



Das Ziel, eine gemeinsame **Rettungsleitstelle** für die Landeshauptstadt und die Region Hannover einzurichten, ist mit dem Standort an der Feuerwache 1 in Hannover erreicht worden. Damit ist die Katastrophen- und Gefahrenabwehr der Stadt Hannover durch die Feuerwehr und den Rettungsdienst gut aufgestellt.

In der Medizinischen Hochschule Hannover wurde ein Projekt zur Rettungs- und Notfallausbildung erarbeitet, das in Zusammenarbeit mit dem Rettungsdienst ermöglicht, anhand von Übungspuppen

Sofortmaßnahmen zu demonstrieren und einzuüben. Dieses Projekt soll auch in Schulen angewandt werden, indem jungen Menschen die Scheu vor dem Handeln genommen wird. Zum Haushalt 2009 hat die SPD-Ratsfraktion deshalb die Mindestausstattung von zwei Klassensätzen je neunte Klasse der Allgemeinbildenden Schulen in Hannover zur Verfügung beschlossen.

Die weniger in der Öffentlichkeit bewusst wahrgenommene, aber ständige Aufgabe der Berufsfeuerwehr, ist die **Kampfmitelbeseitigung**. Diese verantwortungsvolle Aufgabe verlangt ein hohes Maß an Sachkenntnis und Einsatzplanung. Da die genaue Zahl der über Hannover abgeworfenen Bomben nicht bekannt ist, beinhaltet jede Luftbildfreigabe (seit den 80er Jahren) die Möglichkeit eines Einsatzes. Zudem nimmt der Verrottungszustand der Blindgänger zu.



Foto: Jens Schulze

Die Stadt Hannover gewährt so genannte freiwillige Leistungen – Zuwendungen – von über 20 Mio. Euro pro Jahr für kulturelle und soziale Zwecke sowie im Sport- und Jugendbereich. Durch die Einführung des **Zuwendungscontrollings** auf der Grundlage einheitlicher Antragsbögen hat sich die Transparenz über die Leistungen und Aktivitäten der Zuwendungsempfänger deutlich verbessert mit dem Ziel, über die Formulierung konkreter Zuwendungsziele hinaus zum Abschluss konkreter Leistungsvereinbarungen auf der Grundlage von Zuwendungsverträgen zu kommen. ■

Ratsresolution gegen Rechtsextremismus in Hannover

Drucksache Nr. 0419/2009

Einstimmig beschlossen in der Ratsversammlung am

26.02.2009

Als Landeshauptstadt und Messestadt ist Hannover eine welt-offene Stadt mit einer demokratischen und solidarischen Ge-sellschaft. In Hannover leben Menschen aus 172 Nationen und Kulturen. Hannover steht für Weltoffenheit, Gleichberechtigung und Toleranz.

Wir wollen erreichen, dass sich alle Hannoveranerinnen und Hannoveraner – gleich welcher Herkunft, Religion oder Natio-nalität – in unserer Stadt wohlfühlen, leben, lernen und arbei-ten können.

Wenn Menschen in unserer Stadt aufgrund ihrer Herkunft, Nationalität, Kultur oder sozialer Stellung angefeindet oder diskriminiert werden, stört dies das friedliche Zusammenleben und schadet dem Wohl unserer Stadt.

Dem treten wir entgegen:

- Wir wollen nicht zulassen, dass Hannover von rechtsextre-men, fremden- und ausländerfeindlichen Organisationen und Personen als Veranstaltungsort und Betätigungsfeld zur Verbreitung gegen die Demokratie und Menschenwürde gerichteten Aktivitäten genutzt wird.
- Wir fordern die verantwortlichen Stellen auf, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um ein Auftreten rechtsextre-mistischer Gruppen, so genannte „Freie Kameradschaften“ und rechtsfaschistische Skinheads am 1. Mai in Hannover zu verhindern.
- Wir fordern die Stadtverwaltung auf, Akteure der Stadtgesell-schaft zu unterstützen, um sichtbare Zeichen des Protestes zu setzen.

Die Aktion „Schals gegen Rassismus“ steht symbolisch für die Haltung des Rates gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechts-extremismus sowie gegen die Verbreitung ihrer Ideologie. Und sie verdeutlicht die Verbundenheit des Rates mit den Aktivitäten gesell-schaftlicher Gruppen gegen Rechtsextremismus in unserer Stadt. Alle Menschen in unserer Stadt rufen wir dazu auf, sich an friedli-chen Protesten und Aktivitäten gegen das Auftreten von Rechts-extremisten und Neonazis in Hannover am 1. Mai zu beteiligen und dies durch eine zahlreiche Teilnahme an dem Fest der Demo-kratie am 1. Mai auf dem Klagesmarkt deutlich zu machen. Hannover muss eine Stadt der Demokratie und Toleranz bleiben. In ihr haben Feinde der Demokratie keinen Platz!

Begründung:

Durch einstimmigen Beschluss des Rates gehört Hannover – gemeinsam mit 70 weiteren Städten Europas – seit dem 22. März 1997 zur „Europäischen Städtekoalition gegen den Rassismus“. Auch diese Mitgliedschaft verpflichtet die Stadt zu einem wirkungsvollen Einsatz gegen Rassismus, Antisemitis-mus und Fremdenfeindlichkeit.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

Rainer Lensing
Fraktionsvorsitzender

Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender

Micheal Höntsch
Fraktionsvorsitzender

Ludwig List
Gruppenvorsitzender

Jens Böning

www.hannover.de



**Bürgermeister
und Ratsvorsitzender
Bernd Strauch**

Hannovers guter Rat

Bergen, Andreas
Bittner-Wolff, Ulrike
Blickwede, Burkhard
Bock, Werner
Borchers, Ralf
Degenhardt, Stephan
de Buhr, Petra
Fischer, Regina
Kuznik, Monika
Hanske, Martin
Kirci, Alptekin
Kastning, Christine
Hermann, Thomas
Klie, Michael
Koch, Gudrun Dr.
Löser, Johannes
Lossin, Anne
Mineur, Jürgen
Müller, Manfred
Nerenberg, Birgit
Pluskota, Angelika
Politze, Stefan
Rodenberg, Joachim
Schlienkamp, Brigitte
Strauch, Bernd
Tack, Kerstin



Impressum

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Friedrichswall 15

30159 Hannover

Telefon: 0511-168.45310

Fax: 0511-168.43624

SPD@Hannover-Stadt.de

www.spd-ratsfraktion-hannover.de



Ratsfraktion
Hannover

Redaktion

Petra Himstedt, Eva Bender, Julia Meyer, Albert Rehse

V.i.S.d.P.

Christine Kastning

Gestaltung

Sabine Panse, dacorpo-design.de

Fotos

Fraktionsgeschäftsstelle, Stadt Hannover, Dr. Gudrun Koch,

Sabine Panse, Jens Schulze

Druck

BWH GmbH Hannover